



Zur Wirtschaftslage	
Westliche Industrieländer: Beschleunigte Zinssenkung Voraussetzung für konjunkturelle Erholung	155
Bundesrepublik Deutschland: Gemeinschaftsinitiative ohne mittelfristige Perspektive	
	161

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 11/82

Berlin

18. März 1982

49. Jahrgang

Steglin

Zur Wirtschaftslage

Westliche Industrieländer: Beschleunigte Zinssenkung Voraussetzung für konjunkturelle Erholung

Die Aussichten für die Wirtschaftsentwicklung in den westlichen Industrieländern haben sich in den ersten Monaten dieses Jahres wieder verschlechtert. Zur Jahreswende war immerhin noch mit einer mäßigen Wirtschaftsbelebung zu rechnen, mit der auch ein gewisser Investitionsaufschwung einhergehen würde¹. Unterdessen hat sich eine der Annahmen, die der Abwägung der möglichen positiven und negativen Einflüsse auf die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1982 zugrunde lagen, als nicht mehr haltbar erwiesen: Die geld- und zinspolitische Lockerung kommt nicht mit dem Tempo voran, das unterstellt worden war.

Entscheidend hierfür ist der geldpolitische Kurs in den USA. Allgemein war erwartet worden, daß der monetäre Restriktionskurs angesichts des anhaltenden wirtschaftlichen Rückgangs erheblich gelockert werden würde. Dies ist jedoch nicht der Fall. Der Federal Reserve Board verfolgt weiterhin eine überzogene Antiinflationsspolitik. Die Geldmenge soll nach diesen Vorstellungen 1982 nur um 2,5 bis 5,5 vH expandieren, zu wenig also, um einer konjunkturellen Erholung einen ausreichenden monetären Rahmen zur Verfügung zu stellen. Trotz der finanzpolitischen Bemühungen der Regierung, die Konjunktur zu stimulieren, hält die Rezession daher an.

Die Entwicklung in den USA beeinflußt in mehrfacher Hinsicht die wirtschaftliche Lage in Westeuropa. Vor allem sehen sich die europäischen Volkswirtschaften unter dem Einfluß des extrem hohen amerikanischen Zinsniveaus aus Zahlungsbilanzrücksichten immer noch gezwungen, das eigene Zinsniveau weit höher zu halten, als es die gegenwärtige konjunkturelle Situation erfordert. Dabei sind sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen Zinssätze auf ein Niveau gestiegen, das in den meisten Ländern noch deutlich über dem Zinsniveau während der ersten Zinneskalation in der Rezession 1974/75 liegt. Gleichzeitig ist der Verbraucherpreisanstieg vielfach etwas niedriger als damals.

Daher entwickelte sich auch das Realzinsniveau, also der Zinssatz nach Abzug der Inflationsrate, diesmal völlig anders. Waren die Realzinsen während der Rezession 1974/75 fast überall deutlich negativ, so sind sie heute in nahezu allen Industrieländern hoch. Im internationalen Vergleich außerordentlich geringen Schwankungen unterlagen allerdings die Realzinsen in der Bundesrepublik Deutschland; sie verharrten während der gesamten siebziger Jahre auf einem relativ hohen Niveau. In den

¹ Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1982. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1/1982.

Zinssätze und Entwicklung der Verbraucherpreise in wichtigen westlichen Industrieländern

Länder	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Nominalzinsen ¹⁾ in vH												
USA	6,9	6,1	6,0	7,1	8,1	8,2	7,9	7,7	8,5	9,3	11,4	12,9
Japan	7,2	7,3	6,7	7,3	9,3	9,2	8,7	7,3	6,1	7,7	9,2	8,7
EG	8,5	8,1	7,8	9,0	11,0	10,3	10,5	10,2	9,7	10,6	12,3	14,4
darunter:												
Bundesrep. Deutschland	8,3	8,0	7,9	9,3	10,4	8,5	7,8	6,2	5,7	7,4	8,5	10,4
Frankreich	8,5	8,1	7,7	9,0	11,0	10,3	10,5	11,0	10,6	11,0	13,8	16,3
Großbritannien	9,2	8,9	8,9	10,7	14,8	14,4	14,4	12,7	12,5	13,0	13,8	14,8
Italien	7,8	7,2	6,6	6,8	8,4	10,4	12,5	15,2	14,2	14,3	16,4	19,6
Niederlande	7,7	7,6	7,4	7,9	9,8	8,8	9,0	8,1	7,7	8,8	10,2	12,7
Verbraucherpreise Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH												
USA	5,9	4,3	3,3	6,3	10,9	9,2	5,8	6,5	7,5	11,3	13,5	10,3
Japan	7,6	6,2	4,4	11,8	24,3	11,9	9,3	8,1	3,8	3,6	8,0	4,9
EG	4,8	6,1	6,2	8,1	12,4	12,6	10,0	9,5	6,8	9,2	12,0	10,8
darunter:												
Bundesrep. Deutschland	3,3	5,3	5,6	6,9	7,0	5,9	4,3	3,7	2,7	4,1	5,5	5,9
Frankreich	5,8	5,5	6,2	7,4	13,7	11,7	9,6	9,4	9,1	10,7	13,6	13,0
Großbritannien	6,3	9,4	7,3	9,1	16,0	24,2	16,5	15,9	8,3	13,4	18,0	11,9
Italien	4,8	5,0	5,7	10,8	19,1	17,0	16,8	17,0	12,2	14,8	21,2	19,5
Niederlande	3,8	7,4	7,9	8,0	9,6	10,5	8,8	6,4	4,1	4,2	6,5	6,9
Realzinsen ²⁾ in vH												
USA	1,0	1,8	2,7	0,8	-2,8	-1,0	2,1	1,2	1,0	-2,0	-2,1	2,6
Japan	-0,4	1,1	2,3	-4,5	-15,0	-2,7	-0,6	-0,8	2,3	4,1	1,2	3,8
EG	3,7	2,0	1,6	0,9	-1,4	-2,3	0,5	0,7	2,9	1,4	0,3	3,6
darunter:												
Bundesrep. Deutschland	5,0	2,7	2,3	2,4	3,4	2,6	3,5	2,5	3,0	3,3	3,0	4,5
Frankreich	2,7	2,6	1,5	1,6	-2,7	-1,4	0,9	1,6	1,5	0,3	0,2	3,3
Großbritannien	2,9	-0,5	1,6	1,6	-1,2	-9,8	-2,1	-3,2	4,2	-0,4	-4,2	2,9
Italien	3,0	2,2	0,9	-4,0	-10,7	-6,6	-4,3	-1,8	2,0	-0,5	-4,8	0,1
Niederlande	3,9	0,2	-0,5	-0,1	0,2	-1,7	0,2	1,7	3,6	4,6	3,7	5,8
1) Zinssätze öffentlicher Anleihen; Jahresdurchschnitt.- 2) Nominalzins abzüglich Anstieg der Verbraucherpreise.												
Quellen: eurostat: Review 1970-1979, Luxemburg 1981; Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Europäische Wirtschaft Nr. 10, November 1981, Beihefte Reihe A.												

letzten beiden Jahren ergab sich eine bemerkenswerte Annäherung des Realzinsniveaus der großen Industrieländer. Während sich die Unterschiede der Nominalzinssätze in den fünf wichtigsten Industrieländern 1981 noch vergrößerten, nahm die Differenz der Realzinssätze von maximal etwa 7 vH-Punkten 1980 auf etwa 2 vH-Punkte ab. Gleichzeitig erhöhte sich das durchschnittliche Realzinsniveau auf 3,6 vH (Vorjahr 0,3 vH) in Europa, 2,6 vH (-2,1 vH) in den USA und 3,8 vH (1,2 vH) in Japan.

Wie läßt sich eine solche Entwicklung interpretieren? Negative Realzinssätze und anhaltende inflationistische Tendenzen bedeuten einen Anreiz

zur Verschuldung bzw. zum Konsumieren oder Investieren, d. h. eine Benachteiligung des Sparens in monetären Titeln. Die Herausbildung hoher Realzinssätze erhöht dagegen den Anreiz zur Geldkapitalbildung und läßt die Investitionsneigung in Sachkapital zunächst zurückgehen. Die konjunkturelle Entwicklung in den letzten Jahren bestätigt diesen Sachverhalt. Die Investitionsneigung hat sich 1980/81 weltweit abgeschwächt; in den meisten Ländern war die Investitionstätigkeit 1981 sogar rückläufig. Eine allgemeine (Real-)Zinssenkung ist Voraussetzung für eine Wiederbelebung der Investitionstätigkeit.

Eine solche Zinssenkung sollte, gerade unter Berücksichtigung der Gefahren, die durch einen anhaltenden Rückgang der amerikanischen Wirtschaft für die Weltwirtschaft entstehen, von den USA ausgehen. Da die Inflationsrate dort in den letzten Monaten deutlich gesunken ist, wäre dies durchaus möglich. Hoffnungen auf eine geld- und zinspolitische Lockerung sind allerdings schon mehrfach enttäuscht worden, da die Notenbank bei zunehmenden Budgetdefiziten ihren Kurs nicht aufgeben will. Es ist daher wahrscheinlich, daß die Zinsstarrheit in den USA auch in den nächsten Monaten den notwendigen Zinssenkungsprozeß in Westeuropa behindern wird. Solange dieser Prozeß stockt und die konjunkturelle Lage sich nicht wesentlich verbessert, gewinnen mit der Erweiterung des wirtschaftspolitischen Spielraums nach der Verbesserung der Leistungsbilanzen und bei vielfach sinkenden Inflationsraten in den europäischen Industrieländern Überlegungen an Boden, sich von der Zinsentwicklung in den USA durch ein koordiniertes Vorgehen abzukoppeln. So wurde in Frankreich der Gedanke an eine sich an das EWS anlehrende „Zinsschlange“ entwickelt, wobei mit Japan und den USA zusätzliche Zinsabkommen zu treffen wären. Dieser Gedanke ist auf dem jüngsten deutsch-französischen Gipfeltreffen erneut aufgegriffen worden. Auch die britische und die italienische Regierung haben ihr Interesse an einer europäischen Zinssenkungsaktion geäußert. Tendenziell verbessert haben sich die Möglichkeiten für ein solches Vorgehen durch das jüngste Realignment im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS). In Zukunft soll durch verstärkte Intervention in EWS-Währungen an den Devisenmärkten die Bedeutung des Dollar für das EWS zurückgeschraubt werden.

Gegen den Gedanken einer derartigen Zinsabkoppelung wird auch argumentiert, daß die Funktionsfähigkeit einer europäischen „Zinsschlange“ wegen der Inflationsdifferenzen zwischen den europäischen Staaten und der damit verbundenen unterschiedlichen Wechselkursgefährdung gestört sein könne. Auch stehe einer durch Zinssenkung bewirkten Entlastung der Kostenrechnung der Unternehmen bei einer Abwertung eine entsprechende Verteuerung der Einfuhren gegenüber. Diese Argumentation ist indes einseitig. Denn eine mögliche Abwertung ließe gleichermaßen die Exporte und die Exporterlöse in heimischer Währung steigen bzw. erhöhte die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Auch ein erneutes Realignment im EWS ist nicht ausgeschlossen. Dies wäre sogar ein klassischer Fall für eine konzertierte wirtschaftspolitische Aktion in Westeuropa, an der es bisher gemangelt hat.

Im Gefolge einer europäischen Zinssenkungsaktion würde es zunächst zu einer Höherbewertung des Dollar kommen. Eine solche Höherbewertung ihrer Währung könnte den USA allerdings in der gegenwärtigen konjunkturellen Situation kaum willkommen sein. Die sich infolge des zu hoch bewerteten Dollar schon jetzt abzeichnende Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Lage dürfte auf den Federal Reserve Board tendenziell einen starken Druck in Richtung auf eine Lockerung der Geld- und Zinspolitik ausüben. Die europäischen Zentralbanken sollten daher in einer koordinierten Aktion den möglichen Spielraum für Zinssenkungen stärker als bisher nutzen. Dies würde der allgemeinen Stagnation entgegenwirken.

Fast überall in den westlichen Industrieländern dominiert die Ansicht, die für die nächsten Jahre vorstellbaren Wachstumsraten ließen eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung nicht zu. Nach den vorliegenden Prognosen, die bereits eine allmähliche Fortsetzung des Zinssenkungsprozesses unterstellen, wird das Wirtschaftswachstum der Gesamtheit dieser Länder 1982 nur bei rund 0,5 vH und in Westeuropa bei rund 1 vH liegen; mindestens 2 vH Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts werden lediglich in Frankreich und Japan erreicht. Bei einem sich eher wieder beschleunigenden Produktivitätsanstieg und einer anhaltend kräftigen Zunahme der Erwerbsbevölkerung müßte das Wirtschaftswachstum jedoch mindestens bei 5 vH liegen, um eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung zu ermöglichen. In keinem der westlichen Industrieländer zeichnet sich jedoch gegenwärtig eine Entwicklung ab, die derartige Wachstumsraten für 1983 und die Zeit danach wahrscheinlich werden ließe.

In den USA, wo versucht wird, durch Steuersenkungen die Leistungsanreize und im Gefolge die Produktion zu erhöhen, haben in der letzten Zeit die Zweifel am wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung zugenommen. Zwar hat das amerikanische Konzept im Gegensatz zu der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik anderer Länder, die Kostensenkungen vor allem über Reallohnsenkungen anstreben, den Vorzug, auch die Nachfrageseite zu berücksichtigen. Steuersenkungen bewirken nicht nur Entlastungen auf der Kostenseite, sie können auch nachfragebelebende Effekte auslösen, die die Absatzerwartungen der Unternehmer verbessern. Eine Nachfragestimulierung ergibt sich ferner aus der kräftigen Erhöhung der Militärausgaben. Dieser wirkten allerdings von Anfang an Einsparungen und Kürzungen auf der Ausgabenseite der öffentlichen Budgets, insbesondere bei den Sozialleistungen, entgegen. Dennoch bestand zunächst die Hoffnung, daß die nachfragebelebenden die nachfragemindernden Effekte überwiegen würden. Offensichtlich ging

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

LAENDER	1) GEWICHTE 1979 IN VH		VERAENDERUNGEN GEGENUEBER DEM VORJAHR IN VH								
	BSP	AUSFUHR DER BRD	1980			1981			1982		
			REAL	NOMINAL	PREISE 2)	REAL	NOMINAL	PREISE 2)	REAL	NOMINAL	PREISE 2)
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	12,0	-	1,8	6,7	4,9	-0,5	4	4	0,5	4,5	4,5
FRANKREICH	9,0	17,8	1,3	12,9	11,5	0,5	14,5	14	2	16,5	14
GROSSBRITANNIEN	6,4	9,4	-1,7	17,1	19,1	-2	10,5	12,5	0,5	10,5	10
ITALIEN	5,1	10,9	4,0	25,1	20,3	-0,5	18,5	19	1	18	17
NIEDERLANDE	2,5	14,0	0,6	5,9	5,3	-1	4,5	5,5	1	7	6
BELGIEN	1,7	11,9	2,0	6,4	4,3	-0,5	6	6,5	0,5	8	7,5
DAENEMARK	1,0	3,1	-0,2	8,1	8,3	-0,5	10,5	11	1	11	10
IRLAND	0,2	0,6	1,0	17,0	16,0	1	18	17	1	16	15
EG	37,9	-	1,3	12,4	11,1	-0,5	10	10,5	1	10,5	10
SCHWEDEN	1,7	4,1	1,4	13,3	11,7	-1	11,5	12,5	0,5	13	12,5
SCHWEIZ	1,5	7,3	4,0	7,1	3,0	1,5	8	6,5	0	5	5
OESTERREICH	1,1	7,3	3,1	7,9	4,7	0	6	6	1	7,5	6,5
NORWEGEN	0,7	1,5	3,8	19,5	15,1	0,5	14,5	14	0,5	12,5	12
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER	42,9	-	1,4	12,3	10,7	-0,5	10	10	1	10,5	9,5
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER 0,8RD	30,9	-	1,3	14,4	13,0	-0,5	12	12,5	1	13	11,5
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER 0,8RD 3)	-	87,9	1,7	12,0	10,2	-0,5	10,5	10,5	1	11	10
USA	37,9	9,2	-0,1	8,9	9,0	2	11	9	-1	6,5	7,5
KANADA	3,5	1,0	0,0	10,6	10,6	2,5	14,5	11,5	1	12	11
JAPAN	15,7	1,9	4,2	7,3	3,0	3	7,5	4,5	3,5	7	3,5
AUSSEREUROP. INDUSTRIELAENDER	57,1	-	1,1	8,6	7,4	2,5	10,5	8	0,5	7	6,5
AUSSEREUROP. 3) INDUSTRIELAENDER	-	12,1	0,6	8,8	8,2	2	10,5	8,5	0	7	7
INSGESAMT	100,0	-	1,2	10,2	8,9	1	10	9	0,5	8,5	8
INSGESAMT OHNE BRD 3)	88,0	-	1,2	10,6	9,4	1,5	11	9,5	0,5	9	8,5
INSGESAMT OHNE BRD	-	100,0	1,5	11,6	9,9	0	10,5	10,5	1	10,5	10

1) AUF DOLLARBASIS.- 2) DEFLATIONIERUNGSFAKTOR.- 3) GEWICHTET NACH DEN ANTEILEN DER LAENDER AN DER DEUTSCHEN WARENAUSFUHR. EG OHNE GRIECHENLAND.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHAETZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW. GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERAENDERUNGSRATEN GERUNDET.

jedoch die Rechnung der amerikanischen Regierung, die mit ihrer Wirtschaftspolitik vor allem auf einen Stimmungsumschwung bei den Investoren setzte, bisher nicht auf. Weder bei den Ausrüstungen noch bei den Bauten hat sich die Investitionstätigkeit belebt. Im Gegenteil, die Veränderungsrate ist bei allen Komponenten des Bruttosozialprodukts immer noch negativ.

Die lang andauernde Rezession und die deutlich zurückgehenden Inflationsraten haben dazu geführt, daß die bisherigen Steuerschätzungen stark nach unten revidiert werden müssen, ohne daß dies auf der Ausgabenseite eine Entsprechung findet, da sich der Preisauftrieb im Bereich des umfangreichen Militärhaushalts noch beschleunigt. Das Budgetdefizit dürfte sich daher noch kräftig erhöhen. Es ist vor allem diese Entwicklung, die den Federal Reserve Board an seiner Hochzinspolitik festhalten

läßt, obwohl der Anstieg der Verbraucherpreise zuletzt unter einer laufenden Rate von 5 vH (Jahresdurchschnitt 1981: 10,3 vH) lag.

In der amerikanischen Öffentlichkeit werden Stimmen laut, die geplanten Einkommensteuersenkungen zu reduzieren und die indirekten Steuern sogar zu erhöhen. Eine solche Politik würde aber — im Gegensatz zu den ungewissen, möglicherweise positiven Wirkungen der geplanten Steuersenkungen — mit Sicherheit das Investitionsklima weiter verschlechtern. Schon jetzt ist für 1982 mit einem Wirtschaftsrückgang von etwa 1 vH zu rechnen. Sicherlich ist es in dieser Situation das kleinere Übel, die rezessionsbedingte zusätzliche Neuverschuldung hinzunehmen.

In der international besten Situation befindet sich die Wirtschaft *Japans*. Die Inflationsrate war in den

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern

Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

LAENDER	PRIVATER VERBRAUCH			OEFFENTLICHER VERBRAUCH			BRUTTOANLAGE- INVESTITIONEN			EXPORTE VON GÜTERN UND DIENSTEN			IMPORTE VON GÜTERN UND DIENSTEN		
	1980	1981	1982	1980	1981	1982	1980	1981	1982	1980	1981	1982	1980	1981	1982
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	1,7	-1	-0,5	2,6	2	1	3,7	-3	-4,5	5,9	8,5	5	5,8	0	0
FRANKREICH	1,7	1,5	2	2,8	3	4	0,8	-4	0	3,4	4	4	5,5	-2,5	4
GROSSBRITANNIEN	0,1	0	0	2,1	1	-0,5	-0,7	-8	0	0,3	-2	3	-3,4	-2	5
ITALIEN	4,4	-0,5	0,5	2,0	2	1,5	10,0	-1	-2	-4,3	2	4	7,9	-3,5	2,5
NIEDERLANDE	-0,9	-2	-2	1,4	1	0	-2,6	-6	-2	1,8	1	5	-0,7	-4	2
BELGIEN	1,7	-1	0	1,7	1	1	1,8	-4,5	1	7,1	-1	2	6,8	-3	2
DAENEMARK	-4,1	-1,5	0,5	5,2	4	4	-13,7	-9	2,5	5,9	1,5	2	-7,2	-3,5	2,5
IRLAND	-0,5	-0,5	0	2,5	-2	0	-10,0	3	2	5,5	0	2	-4,0	2	2
1) EG	1,5	0	0,5	2,4	2	1,5	2,1	-4	-2	3,0	3	4	3,3	-2	2,5
EG OHNE BRD	1,4	0	0,5	2,4	2	1,5	1,2	-4,5	-0,5	1,7	1	3,5	2,4	-3	3,5
SCHWEDEN	-0,2	-2	-0,5	2,7	2	0,5	2,8	-3,5	-2	-2,3	-1,5	3	1,4	-8	2
SCHWEIZ	2,5	0,5	0,5	1,6	0,5	3	9,9	3	-3	4,1	5	1	7,0	-1	1
OESTERREICH	1,5	-0,5	0,5	1,6	2	2	2,2	-2	-2	7,2	4,5	3,5	6,2	0	3
NORWEGEN	1,7	1	1	4,2	4,5	3,5	1,9	5,5	-0,5	1,4	-1	0	4,0	-2	0
EUROPAEISCHE 1) INDUSTRIELAENDER	1,5	0	0,5	2,5	2	1,5	2,4	-3,5	-2	2,9	3	3,5	3,5	-2	2
EUROP.INDU- 1) STRIELAENDER O.BRD	1,4	0	0,5	2,4	2	1,5	1,8	-4	-0,5	1,9	1	3,5	2,8	-3	3
USA	0,4	2,5	-1	2,9	1	-1,5	-6,3	-0,5	-1	10,0	-1	-3	-0,6	6	0
KANADA	1,0	2,5	1	-0,5	1,5	1	3,8	3	2	1,0	2	1,5	-2,2	3	1,5
JAPAN	0,6	0,5	2	2,3	3,5	4	0,2	2,5	3,5	18,7	16	3	-4,0	5	2
AUSSEREUROP. 1) INDUSTRIELAENDER	0,5	2	0	2,5	1,5	-0,5	-3,1	1	1	11,1	4	-1	-1,8	5,5	1
1) INSGESAMT	0,9	1	0	2,5	1,5	0,5	-0,9	-1	0	5,9	3,5	2	1,6	0,5	1,5
1) INSGESAMT OHNE BRD	0,8	1,5	0	2,5	1,5	0,5	-1,5	-0,5	0,5	6,0	2,5	1,5	0,8	0,5	2

1) GEWICHTE 1979 AUF DOLLARBASIS. EG OHNE GRIECHENLAND.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHAETZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW. GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERAENDERUNGSRATEN GERUNDET.

letzten Monaten rückläufig, und die Arbeitslosigkeit ist vergleichsweise gering. Jedoch ergeben sich für Japan zunehmend Probleme aus der Tatsache, daß die Wachstumsimpulse in den letzten Jahren aus einer forcierten Exportsteigerung kamen. Vor allem die USA sind nicht mehr gewillt, Importe aus Japan im bisherigen Umfang aufzunehmen. Gegenwärtig werden daher in Japan wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Ankurbelung der Binnenkonjunktur erörtert. Eine Umorientierung der Wirtschaft auf den Binnenmarkt wird allerdings kurzfristig nur begrenzt möglich sein. Wie schon im Vorjahr dürfte das Wirtschaftswachstum 1982 daher nur bei 3 bis 3,5 vH liegen.

In Westeuropa gibt es verschiedene Anzeichen für eine allmähliche konjunkturelle Erholung; eine Belebung auf breiter Front ist aber nicht in Sicht. Zumeist haben sich allerdings die Leistungsbilanzen verbessert, und der Preisauftrieb hat sich abge-

schwächt. Am ungünstigsten ist die Situation in Großbritannien: Stagflation bei steigender, bereits extrem hoher Arbeitslosigkeit. Auch 1982 wird sich die wirtschaftliche Lage kaum verbessern, die Wachstumsrate wird bei etwa 0,5 vH liegen. In Italien ist zumindest der Produktionsverlauf günstiger. Immerhin hat hier die Industrieproduktion in den letzten Monaten zugenommen. In Frankreich zeigt sich als Folge der im Vorjahr angelaufenen massiven Nachfragestimulierung eine Belebung des privaten und öffentlichen Konsums, die auch die Investitionsneigung im Laufe des Jahres wieder verbessern dürfte. Mit reichlich 2 vH wird die im europäischen Rahmen höchste Zuwachsrate des Sozialprodukts erwartet. Es bleibt aber offen, ob eine Fortsetzung der wachstumsorientierten Politik auf Dauer möglich sein wird, wenn die Handelspartner Frankreichs ihre Politik nicht ebenfalls stärker an einer Wachstumsstrategie orientieren.

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westl. Industrieländern

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

LAENDER	BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTAETIG- KEIT UND VERMOEGEN						STUECKGEWINN ¹⁾			LOHNSTUECKKOSTEN ²⁾			LOHNSTUECKKOSTEN ²⁾		
	IN LANDESWAERHRUNG												IN SZR		
	1980	1981	1982	1980	1981	1982	1980	1981	1982	1980	1981	1982	1980	1981	1982
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	1,4	-1	5,5	7,9	4,5	3,5	-0,5	-1	5	5,9	4,5	3	5,8	-7	.
FRANKREICH	6,8	14,5	17,5	15,0	14	16	5,4	14	15	13,5	13,5	13,5	13,4	-2,5	.
GROSSBRITANNIEN	-1,3	11,5	17	18,9	9	8	0,4	14	16,5	21,0	11	7,5	31,7	7	.
ITALIEN	25,1	15	18	23,1	20	18	20,3	15,5	17	18,4	20,5	17	14,0	0	.
NIEDERLANDE	1,8	2,5	8	6,1	5	6,5	1,2	3,5	7	5,5	6	5,5	5,7	-7	.
BELGIEN	0,7	5	9,5	8,7	6	7,5	-1,3	5,5	9	6,6	6,5	7	6,1	-7,5	.
DAENEMARK	8,3	11	14,5	8,0	10	10	8,5	11,5	13,5	8,2	10,5	9	0,3	-3,5	.
IRLAND	15,5	20	17	16,0	16	15,5	14,5	19	16	15,0	15	14,5	14,7	-0,5	.
3) EG	6,8	8	12,5	13,7	10	10	3,7	8	11	11,5	9,5	8	12,5	-3	.
SCHWEDEN	7,8	8,5	15	12,7	12	12	6,3	9	15,5	11,1	13	11,5	11,8	4	.
SCHWEIZ	6,4	9	2	7,2	7,5	6	0,5	8	2	2,0	6,5	6	0,5	0,5	.
OESTERREICH	8,1	6,5	9	7,6	6	6,5	4,8	6,5	8	4,4	6	5,5	7,1	-5	.
NORWEGEN	50,2	15	11	12,0	12	12	44,7	14,5	10,5	7,9	11,5	11,5	9,8	6	.
EUROPAEISCHE ³⁾ INDUSTRIELAENDER	7,5	8	12	13,3	10	10	4,8	8	10,5	10,7	9,5	8	11,6	-2,5	.
USA	4,5	11	3	9,3	10,5	6,5	4,6	9	4	9,4	8,5	7,5	8,6	20	.
KANADA	11,5	14	13,5	11,9	14	13	11,4	11	12,5	11,2	11	12	10,6	19,5	.
JAPAN	4,6	2,5	5	8,9	9	8	0,4	-0,5	1,5	4,5	6	4,5	0,3	20,5	.
AUSSEREUROPA. ³⁾ INDUSTRIELAENDER	5,0	8,5	4,5	9,4	10,5	7,5	4,7	7,5	4,5	8,8	8,5	7,5	7,4	20	.
3) INSGESAMT	6,0	8,5	7,5	11,1	10	8,5	4,7	8	8	9,8	9	8	9,7	8	.

1) BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTAETIGKEIT UND VERMOEGEN JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS. -
2) BRUTTOEINKOMMEN AUS UNSELBSTAENDIGER ARBEIT JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS. - 3) GEWICHTET
MIT 1979ER ANTEILEN. FUEHR 1) UND 2): GEWICHTET NACH WELTEXPORTANTEILEN, WIE SIE - MIT AUSNAHME DER USA -
DER BERECHNUNG DER SZR ZUGRUNDELIEGEN. EG OHNE GRIECHENLAND.

QUELLEN: SAEG, VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN; NATIONALSTATISTIKEN UND SCHAETZUNGEN DES DIW.
GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERAENDERUNGSRATEN GERUNDET.

Selbst bei einer optimistischen Einschätzung der Konjunkturentwicklung in Westeuropa ist für die nächsten zwei Jahre mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Vielfach wird daher eine beschleunigte Arbeitszeitverkürzung (verkürzte Wochenarbeitszeit, vorgezogene Rente, Verlängerung des Urlaubs) gefordert — und partiell durchgesetzt —, die zu einer Verteilung des Arbeitsvolumens auf mehr Erwerbstätige führen soll. Im Mittelpunkt der Diskussion steht dabei vor allem in Frankreich, aber auch in den Benelux-Staaten die Frage, wieweit mit derartigen Arbeitszeitverkürzungen ein Lohnausgleich verbunden sein soll. Die Frage „normaler“ allgemeiner Lohnerhöhungen, die aus unterschiedlichen Gründen gefordert werden können, insbesondere als Beteiligung am Produktivitätsgewinn, wird dabei häufig nicht deutlich genug von der Frage des Ausgleichs von Lohnausfällen bei Arbeitszeitverkürzung unterschieden. Ein solcher

Lohnausgleich — soweit er über mögliche, speziell aus der Arbeitszeitverkürzung resultierende Produktivitätsgewinne hinausgeht — ist nicht mehr kostenneutral. Mit der zusätzlichen Kostenerhöhung für die Unternehmen könnte es zu einer Verminderung der Wettbewerbsfähigkeit kommen, die das wirtschaftliche Wachstum eher beeinträchtigt. Unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten ist zudem eine unerwünschte Substitution von Arbeit durch Kapital in Rechnung zu stellen. Die beschäftigungspolitischen Effekte einer derartigen Politik wären sehr gering. Vorzuziehen sind Strategien, die darauf hinauslaufen, den Produktivitätsfortschritt anders als bisher üblich zu verwenden, d. h. zunehmend Arbeitszeitverkürzungen bei entsprechend geringeren Erhöhungen des Monatslohnes, nicht jedoch des Stundenlohnes durchzusetzen. Unter diesen Voraussetzungen können Arbeitszeitverkürzungen einen Beitrag zur Entspannung des Arbeitsmarktes liefern.

Bundesrepublik Deutschland: Gemeinschaftsinitiative ohne mittelfristige Perspektive

In der Bundesrepublik Deutschland zeigt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung noch immer kaum Bewegung. Das reale Bruttosozialprodukt liegt nun schon seit zwei Jahren auf etwa gleichem Niveau. Die jüngsten verfügbaren Indikatoren deuten darauf hin, daß sich an dieser Grundkonstellation bis zuletzt kaum etwas verändert hat.

Bei der industriellen Produktion haben die kräftigen Impulse, die nach wie vor von der Auslandsnachfrage ausgehen, die Schwäche der Inlandsnachfrage weiterhin zwar kompensieren können; sie reichen aber nicht aus, um die Produktion in der Gesamttendenz nach oben zu führen. Dabei hat sich die Differenzierung in der Produktionsentwicklung zwischen den Hauptgruppen des verarbeitenden Gewerbes eher noch vergrößert. Am schwächsten schneidet das Verbrauchsgütergewerbe ab, während das Investitionsgütergewerbe, das von der Auslandsnachfrage besonders begünstigt ist, seine Erzeugung tendenziell erhöhen kann. Zu einem großen Teil ist diese Sonderrolle des Investitionsgütergewerbes durch die kräftige Expansion im Straßenfahrzeugbau bedingt. Dagegen hat der Auftragseingang beim Maschinenbau, besonders aus dem Ausland, zuletzt einen fühlbaren Rückgang hinnehmen müssen. Dies deutet auf zunehmende Schwäche hin. Die hohe Zahl an Kurzarbeitern in diesem nur noch scheinbar konjunkturell begünstigten Wirtschaftszweig unterstreicht dies. Bei der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie erleidet die Belebung, die sich nun schon wiederholt insbesondere beim Auftragseingang aus dem Ausland anzukündigen schien, immer wieder Rückschläge. Ausschlaggebend hierfür ist, daß der Lageraufbau, der für den Output dieser Industriegruppe von besonders großer Bedeutung wäre, sowohl national als auch international durch die anhaltend hohen Zinsen behindert wird.

Diese sind zugleich der wichtigste Grund für die weitere Schrumpfung der Baunachfrage, insbesondere nach neuen Wohnbauten. Die Produktion wurde hier allerdings in den Wintermonaten weit aus stärker von den außergewöhnlich ungünstigen Witterungsbedingungen bestimmt. Saisonbereinigt war vor allem aus diesem Grunde die Produktion des Bauhauptgewerbes im Dezember/Januar um etwa 13 vH niedriger als in den Herbstmonaten (September bis November). Entsprechend bewertet werden sollte die für das Frühjahr zu erwartende saisonale Erholung. Die Kapitalzusagen der Kreditinstitute für den Wohnungsbau fallen steil zurück und

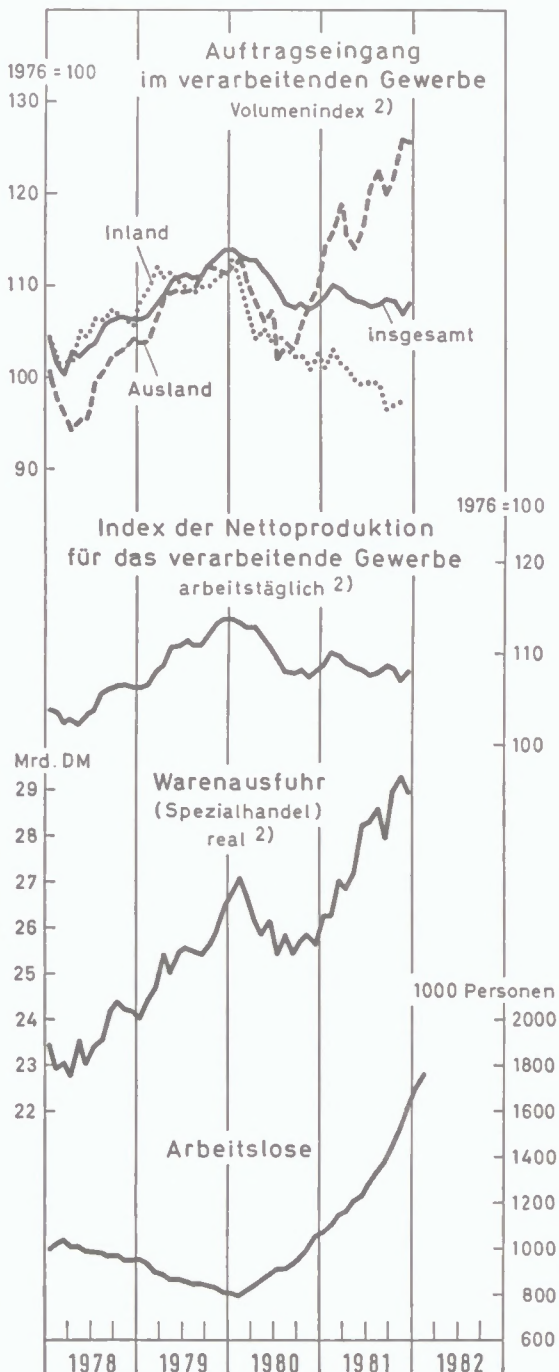
signalisieren, daß in diesem Sektor die Talsohle der Investitionen noch längst nicht erreicht ist.

Diese Daten liegen weitgehend auf der Linie, die der letzten veröffentlichten Kurzfristprognose des DIW¹ zugrunde gelegt worden war. Eine überraschende Abweichung ergab sich allerdings bei der Veröffentlichung der vorläufigen Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das Jahr 1981 durch das Statistische Bundesamt: Der Anstieg der Exporte von Gütern und Diensten war 1981 beträchtlich, nämlich um rund 2 vH-Punkte, größer als vom DIW geschätzt. Dies würde bei gleichen Annahmen über die konjunkturelle Entwicklung des Exports im Verlauf des Jahres 1982 zu einer deutlich höheren jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate 1982 führen. Allerdings zeigt sich bei näherer Betrachtung, daß die Abweichung im Jahre 1981 weniger auf die Entwicklung im Warenexport als vielmehr auf die im Dienstleistungsexport zurückzuführen ist. Zu den Dienstleistungsexporten wird eine ganze Reihe sehr heterogener Leistungen gerechnet, bei denen die Entwicklung im Zeitverlauf zumeist stark schwankt. Zu diesen kaum vorausberechenbaren Positionen zählen z. B. die Kapitalerträge, die im letzten Viertel des vergangenen Jahres besonders kräftig gestiegen sind und den Ausschlag für die erwähnte Abweichung gegeben haben. Der Ursprung der Abweichung mit Hauptgewicht bei den Kapitalerträgen relativiert die Bedeutung des damit am Jahresende 1981 entstandenen hohen „Exportüberhangs“ für die Prognose des Jahres 1982: Anders als bei anderen statistischen Zeitreihen (z. B. der Preise) kann ein solcher Überhang nicht als „solide Basis“ der weiteren Entwicklung angesehen werden; schon ein Vierteljahr später kann ein solcher „Sockel“ wieder vollständig abgeschmolzen sein. Dies deutet sich schon in den Januarergebnissen der Leistungsbilanz an. Zu erwägen ist außerdem die nochmals drastisch verschlechterte Wirtschaftslage in den USA mit ihren Rückwirkungen auf das Klima der Weltkonjunktur und wohl auch auf den realen Welthandel. Somit spricht vieles dafür, bei einer Revision der Exportprognose vorsichtig zu sein, auch wenn auf der anderen Seite im bisherigen Jahresverlauf die Begünstigung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der exportierenden Unternehmen über den Wechselkurs zum US-Dollar eher höher ausgefallen ist, als dies in der Vorausschätzung des DIW unterstellt

¹ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1982. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 1/1982.

Indikatoren zur konjunkturellen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland

saisonbereinigte Monatswerte 1)



1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.—

2) Gleitender Durchschnitt aus jeweils 3 Monatswerten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

DIW 82

worden war. Die Erwartung eines deutlichen Abbaus des Leistungsbilanzdefizits ist aber nicht in Frage gestellt.

Bezogen auf das Sozialprodukt steht einer möglichen erscheinenden leichten Revision der Exportprognose nach oben jedoch auch die Tatsache gegenüber, daß der Zinsabbau in der Bundesrepublik in den letzten Wochen kaum noch vorangekommen ist. Die Inlandsnachfrage — hier kürzerfristig gesehen vor allem die Vorratsbildung — steht wohl auf absehbare Zeit unter stärkerem monetären Druck als zu erwarten war. Dies spricht dagegen, die Prognose des realen Sozialprodukts um die Heraufsetzung des prognostizierten Exportvolumens nach oben zu korrigieren. Zu berücksichtigen sind auch negative Gegenbuchungen bei der zu erwartenden Entwicklung der gesamten Inlandsnachfrage.

Praktisch völlig unverändert sind, wie die letzten Arbeitsmarktdaten der Bundesanstalt für Arbeit unterstreichen, die bedrückenden Entwicklungsperspektiven der Arbeitslosigkeit. Saisonbereinigt war die Zahl der Arbeitslosen im Februar mit weit über 1,7 Mill. (Ursprungswert: 1,94 Mill.) um 650 000 höher als ein Jahr davor. Der Aufwärtstrend blieb in seiner Stärke ungebrochen, obwohl die Unternehmen in immer größerer Zahl in die Kurzarbeit ausweichen. Zugleich hat der Bestand an offenen Stellen bei den Arbeitsämtern mit nur wenig mehr als 100 000 ein kaum noch zu unterbietendes Minimum erreicht.

Beim Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte sind zuletzt die erwarteten Tendenzen deutlicher geworden. Der Anstieg, der — gemessen im Vorjahresvergleich — im Herbst (Oktober) mit 6,7 vH seine stärkste Ausprägung seit der Wiederbeschleunigung im Verlauf des Jahres 1979 gefunden hatte, verringerte sich bis Februar auf 5,8 vH. Die Beruhigungstendenzen gingen, wie erwartet, von denjenigen Gütern aus, durch deren außerordentliche Verteuerung der Index zuvor beschleunigt erhöht worden war, nämlich von den Mineralölprodukten Heizöl und Treibstoff. Zu den größten Preistreibern gehören jetzt die im Inland erzeugten Energien (Strom, Gas) sowie die Nahrungsmittel.

Für eine weitere Beruhigung des Kosten- und Preisanstiegs sind in diesen Tagen die Weichen gestellt worden. Der Tarifabschluß in der Metallindustrie liegt mit etwa 4,3 vH innerhalb der Spanne, die vom DIW für die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung dieses Jahres angenommen worden war. Bemerkenswert ist, daß der Abschluß niedriger ausgefallen ist als die derzeitige Preissteigerungsrate, jedenfalls wenn man sie am Vorjahresvergleich mißt. Dagegen dürfte das Tempo des laufenden

Preisanstiegs in den letzten Monaten kaum größer, sondern eher ein wenig geringer gewesen sein als die im Tarifvertrag vereinbarte prozentuale Steigerung des Lohnniveaus. Zumindest bei einer Betrachtung im kurzfristigen Verlauf dürfte — vorausgesetzt, daß es in den übrigen Wirtschaftsbereichen zu ähnlichen Abschlüssen kommt — die Einkommenserhöhung der Arbeitnehmer nicht geringer sein als der Anstieg der Verbraucherpreise. Wichtigstes Kennzeichen des Tarifabschlusses ist also nicht so sehr ein „Reallohnverzicht“ für die kommende Zeit, sondern die Festschreibung der in der jüngeren Vergangenheit erlittenen Reallohnseinbußen der Arbeitnehmer. Für die Zukunft liegt der Verzicht im Wegfall der üblichen Beteiligung am Produktivitätszuwachs. Genugtuung kann bei dieser von der ungünstigen Wirtschaftslage erzwungenen Entwicklung keine Seite empfinden. Erfreulich ist allein, daß es zu diesem Abschluß ohne Arbeitskampf gekommen ist, der von beiden Seiten wohl größere Opfer gefordert hätte, als an Verbesserungen zu erwarten gewesen wäre. Auf alle Fälle kann sich der Lohnstückkostenanstieg weiter verlangsamen und Raum für eine Dämpfung des Preisanstiegs schaffen. Zugleich ermöglicht er eine Erhöhung der stark geschrumpften Gewinnspannen. Auch das ist sicherlich eine wichtige Voraussetzung für die Überwindung der Investitionsschwäche.

Diese Investitionsschwäche ist sowohl kurzfristig als auch mittelfristig die entscheidende Ursache der hohen Arbeitslosigkeit. Kurzfristig führt sie zu Nachfrageausfall, mittelfristig bedeutet sie Verzicht auf die Schaffung der so dringend erforderlichen neuen Arbeitsplätze. Einen Beitrag zu ihrer Überwindung hofft die Bundesregierung mit der im Jahreswirtschaftsbericht 1982 vorgelegten „Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität“ zu leisten. Mit ihr soll beiden Aspekten entsprochen werden. Neben der Aufstockung der Kreditprogramme des ERP-Sondervermögens und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (um mehr als 6 Mrd. DM) bildet eine Investitionszulage von 10 vH den Kern dieses wirtschaftspolitischen Programms. Zu fragen ist, welche Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft von den neuen Maßnahmen ausgehen werden und inwieweit sie geeignet sind, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowohl kurz- als auch mittelfristig zur besseren Seite hin zu beeinflussen.

Insgesamt enthält das Programm nur wenige Maßnahmen, bei denen ein Urteil über die Wirkung leichtfällt. Vermehrte öffentliche Investitionen mit hohen direkten Nachfrageeffekten spielen kaum eine Rolle; die für Energieeinsparung und Modernisierung an Hochbauten des Bundes vorgesehenen 0,8 Mrd. DM sind auf die Jahre bis 1985 verteilt und daher in ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung zu vernachlässigen. Über die Wirkungen verbilligter

Kreditangebote und von Investitionszulagen ist das Urteil sehr viel unsicherer. Selbst die Erfahrungen mit der 1975 schon einmal gewährten Investitionszulage können nur bedingt herangezogen werden; denn die Begünstigung ist diesmal nicht nur daran gebunden, daß die Bestellung bzw. die Herstellung innerhalb einer bestimmten Frist (bis 31. 12. 82) vorgenommen bzw. begonnen wird, sondern der einzelne Investor muß zugleich das Niveau seiner Anlageinvestitionen, das im Durchschnitt der Jahre 1979 bis 1981 erreicht wurde, übertreffen. Nur der Mehrbetrag ist investitionszulageberechtigt. 1975 hatte es eine solche Bedingung nicht gegeben; entsprechend groß waren die Mitnahmeeffekte, die deshalb diesmal weitgehend verhindert werden sollen. Die Bundesregierung glaubt, daß trotz dieser Einschränkung Investitionen in einem Gesamtumfang von 40 Mrd. DM begünstigt sein werden und sich damit die Belastung für den Staat, verteilt auf mehrere Jahre, auf 4 Mrd. DM belaufen wird.

Insgesamt ist die Bundesregierung bei der Schätzung dieser Beträge wohl an die Obergrenze gegangen. Gesamtwirtschaftlich hat das Investitionsniveau der Unternehmen (ohne Wohnungsbau) in den drei Referenzjahren etwa 190 Mrd. DM betragen. Da es im laufenden Jahre wohl kaum schon Investitionen aus diesem Programm, sondern nur die Bestellungen geben wird, müßte sich die zulageninduzierte Investitionstätigkeit auf die Jahre 1983 und 1984 konzentrieren. Dies implizierte dann für wenigstens eines dieser Jahre Steigerungsraten der Investitionen im zweistelligen Bereich. Da jedoch diejenigen Unternehmen, die bis zuletzt ein sehr hohes Investitionsniveau aufrechterhalten haben, kaum Anstrengungen machen werden — vielleicht fehlt ihnen dazu auch eine sinnvolle Möglichkeit —, dieses Niveau noch einmal deutlich zu erhöhen, werden sie auf die Zulage kaum reagieren. Entsprechend größer müßten dann die Steigerungsraten bei denjenigen Unternehmen ausfallen, die zuletzt nur wenig investiert haben. Für diese Unternehmen liegt in der Zulage indes nur dann ein Anreiz, wenn ihre niedrige Investitionstätigkeit vor allem auf Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Krediten zurückzuführen war. Im Falle von nicht nur temporären Vermarktungsschwierigkeiten der Produkte wird sie wohl kaum etwas bewirken.

Aufschluß über das mit der Investitionszulage in Bewegung kommende Investitionsvolumen wird man also kaum vor Ende der Bestellfrist haben können. Besser vorausszusehen ist die Wirkung der Zulage im Zeitablauf: Es besteht für die Investoren keinerlei Veranlassung, im Jahre 1982 mehr als ohnehin geplant zu investieren. Vielmehr kommt es für sie darauf an, möglichst viele Ausrüstungen und Bauten, die 1983 (und 1984) investiert werden sollen, in Auftrag zu geben. Dies spricht dafür, daß es vor Ablauf der Begünstigungsfrist zu stark steigenden Bestellungen kommen wird. 1983 und 1984 folgt diesem Auftragsstoß die Produktion.

Die Wirkungen der Investitionszulage werden damit zeitlich begrenzt sein und überdies kaum in

diesem Jahr zu einer Investitionsbelebung führen. Da zudem — wie die Erfahrung schon 1975/76 gezeigt hat — ein großer Teil der in Bewegung gebrachten Investitionen zu Lasten späterer Jahre vorgezogen wird, führt sie nicht zu einer dauerhaften Anhebung des Investitionsniveaus. Mittelfristig müßte eine grundlegende Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hinzukommen, um aus der Anstoßwirkung eine dauerhafte Aufwärtsentwicklung werden zu lassen.

Dieses Bild verändert sich nicht wesentlich, wenn man die im Rahmen der „Operation '82“ beschlossenen Maßnahmen hinzunimmt, d. h. insbesondere die Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten der Unternehmen. Solange das Zinsniveau hoch ist, werden sie die Unternehmen kaum zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen anreizen, zumal die Absatzwartungen noch immer sehr pessimistisch sind.

Als offen muß angesehen werden, ob der Finanzierungsteil der Investitionszulageregelung, nämlich die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Jahresmitte 1983, die erforderliche Zustimmung der parlamentarischen Gremien finden wird. Grundsätzlich ist die Abneigung gegen diesen Teil des Programmpaketes auch ökonomisch fundiert. In einer Situation ungenügender Nachfrage bedeuten derartige Steuererhöhungen Kaufkraftentzug und wirken damit keinesfalls konjunkturfördernd. Durch die geplante relativ späte Inkraftsetzung könnten jedoch die konjunkturpolitischen Bedenken verringert werden, wenn sich die Konjunktur bis zu diesem Zeitpunkt wieder gefestigt haben sollte. Außerdem sind zur mittelfristigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte Steuererhöhungen wohl unvermeidbar, so daß sich diese Planungen in ein mittelfristiges Konzept durchaus einfügen. Bedenklich ist daher die für das Jahr darauf (1984) geplante Verwendung der Mehreinnahmen für die Senkung der Steuersätze vom Einkommen. Sie steht nicht nur dem mittelfristigen Konsolidierungsziel entgegen, sondern ist wegen der Verteilungswirkungen auch sozialpolitisch fragwürdig: Belastet werden per Saldo Wenigverdienende und Rentner, während die Bezieher hoher Einkommen profitieren.

Es hätte gewiß Programmvarianten gegeben, mit denen raschere und dauerhaftere Wirkungen zu

erzielen wären. Politische wie auch Finanzierungsgründe — wirksamere finanzpolitische Maßnahmen wären wohl zumindest auf kürzere Frist auch aufwendiger für den Staat gewesen — haben zu dieser Wahl geführt. Sie wird aber auf absehbare Zeit weitere wirtschaftspolitische Aktivitäten blockieren.

Gefährlich wäre es allerdings, würde sich die Wirtschaftspolitik nun in der Hoffnung auf die Programmwirkungen in dem Glauben wiegen, die Möglichkeiten einer Fortsetzung der Sparpolitik, insbesondere bei den öffentlichen Investitionen, wären mit diesen Maßnahmen gestiegen. Das Gegenteil ist der Fall: Gerade weil die Kreislaufwirkungen des Programms frühestens 1983 spürbar werden können, kommt es in diesem Jahr darauf an, von den öffentlichen Haushalten keine noch weitergehenden Dämpfungswirkungen ausgehen zu lassen. Weitere konjunkturbedingte Einnahmeausfälle und Mehrausgaben, die mit Sicherheit zu erwarten sind, dürfen also nicht zu Lasten der ohnehin arg beschnittenen Investitionsbudgets gehen. Für diese ist grundsätzlich die weitere Mobilisierung von Finanzierungsmitteln erwünscht. An den für die Staatsdefizite bei Bund und Ländern gesetzten Defizitgrenzen kann also nur zum Schaden der konjunkturellen Entwicklung festgehalten werden; notwendig ist eine entsprechende Erhöhung der Kreditaufnahme.

Häufig wird diese Notwendigkeit mit dem Hinweis darauf verworfen, höhere staatliche Kreditaufnahme triebe die Zinsen und verhindere eine Belebung der privaten Investitionsneigung. Das DIW hat versucht, solche Zinseffekte mit Hilfe des ökonomischen Modells der Forschungsinstitute zu quantifizieren². Die Ergebnisse rechtfertigen diese Befürchtungen nicht. Entscheidender für die Zinsentwicklung als die behaupteten Crowding-out-Effekte einer hohen Staatsverschuldung ist die Geldpolitik. Nur wenn diese auf hohe Staatsverschuldung mit einer Verschärfung der Restriktionen antwortet, ergeben sich fühlbare Zinssteigerungen. Kehrt sie hingegen auf den potentialorientierten Kurs zurück, wäre mit einer höheren staatlichen Nettokreditaufnahme eine Zinssenkung durchaus vereinbar.

² Die Ergebnisse der Simulationen werden ausführlich im nächsten Wochenbericht veröffentlicht.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 8 29 11 — Telefax (0 30) 8 29 12 00

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevalerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,
Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing (kommissarisch)

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

*Zur Wirtschaftslage: Westliche Industrieländer: Beschleunigte Zinssenkung Voraussetzung für
konjunkturelle Erholung. Bearbeitet von Joachim Volz. —*

Bundesrepublik Deutschland: Gemeinschaftsinitiative ohne mittelfristige Perspektive. Bearbeitet von Horst Seidler.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten.